

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt Sühorn Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
postzeitungsliste Nr. 3164

Die Lage der Arbeiter nach dem Kriege.

In Nr. 27 der sozialistischen Wochenzeitschrift „Die Glode“ veröffentlicht R. H. W. einen besinnlich geschriebenen Artikel, der eine gedrängte Uebersicht der neu auftauchenden Probleme und Schwierigkeiten für die Gewerkschaften nach dem Kriege aufweist. Wir haben an dieser Stelle wiederholt und in nachdrücklicher Weise darauf hingewiesen, daß uns alle Illusionen fern liegen und gebratene Tauben den Arbeitern nach dem Kriege ebensowenig in den Mund fliegen werden wie vormals.

Bei alledem erscheint es immer wieder angebracht, die zahlreichen neugewonnenen wie auch die alten Mitglieder darauf hinzuweisen: Eure stärkste Hilfe und Hoffnung nach dem Kriege ist die gewerkschaftliche Organisation! In diesem Sinne bitten wir für die nachfolgenden Ausführungen Beachtung.

Der große Lehrmeister Krieg hat auch denjenigen, die es bisher noch nicht wußten oder nicht wissen wollten, gezeigt, daß eine geistig und körperlich starke, eine wirtschaftlich und in bezug auf Allgemeinbildung hochstehende Arbeiterchaft eine der sichersten Grundlagen für unser gesamtes Staatsleben ist. Die Arbeiterchaft hat sich vor dem Feinde, wie auch bei dem wirtschaftlichen Kampf durchaus bewährt. Schulter an Schulter kämpft sie mit den übrigen Volksgenossen draußen wie zu Hause, trägt gemeinsam die Gefahren und Lasten, die uns alle auferlegt sind, und viele Tausende von Arbeitern haben den Tod für das Vaterland erlitten. Von dem „Schüchternabengeist“ wird die Arbeiterchaft nicht minder befreit, als die anderen Klassen der Gesellschaft. Und dieser Geist toll und wird auch helfen, die kommenden, nicht zu gering anzuhängenden Schwierigkeiten bei der Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens, besonders während der Uebergangszeit vom Kriege bis zu völlig geordneten Friedenszuständen, zu überwinden.

An Arbeitsgelegenheit wird es ja nicht fehlen. Wenn der Krieg vorbei ist, werden Deutschland und alle anderen kriegsführenden Länder ausverkauften Warenhäusern gleichen, die ihre Lagerbestände wieder ergänzen müssen. Es müssen Rohstoffe erzeugt, eingeführt und verarbeitet werden. Zwar werden einzelne Industrien nicht gleich wieder volle Beschäftigung haben, da es einerseits an Rohstoffen fehlt, andererseits ausländische Absatzgebiete verloren gegangen sind, die erst wieder erobert werden müssen. Andererseits aber werden die notwendigen Erneuerungen und Neubehelfungen für das Meer, der stark erhöhte Bau der Handelschiffe, der während der Kriegszeit fast völlig ruhende Bau von Wohnhäusern und was dergleichen Dinge mehr sind, Arbeitsgelegenheit in Stille und Ruhe schaffen. Dazu tritt der große Mangel an Arbeitskräften jeder Art. Es fehlen nicht nur die vielen Zehntausende von Arbeitern, die auf dem Felde der Ehre geblieben oder durch Verwundungen und Krankheiten völlig arbeitsunfähig geworden sind. Es fehlen auch die zahlreichen ausländischen Arbeitskräfte, Russen, Galizier, Italiener usw., die zu vielen

Tausenden alljährlich bei uns Arbeit und Verdienst fanden. Auch werden nach dem Friedensschluß nicht alle Arbeiter sofort zurückkehren und ihre Arbeit wieder aufnehmen können. Viele werden noch bei den Besatzungstruppen bleiben müssen, welche die feindlichen Gebiete nicht eher räumen werden, bis die Friedensbedingungen erfüllt sind. Endlich dürften der Industrie und dem Handwerk auch die Kräfte der jugendlichen Arbeiter wenigstens auf einige Stunden in der Woche entzogen werden, denn es hat ja den Anschein, als ob die Jugendwehr künftig abin pflichtgemäß werden sollte. Ohne Reibungen und Störungen wird das freilich nicht abgehen. Man weiß ja, wie sich Handwerk und Industrie auch schon gegen die durch die Fortbildungsschule bedingte verkürzte Arbeitszeit der Jugendlichen gestraubt haben und noch sträuben. Trotz alledem wird man in der Uebergangszeit eher mit einem Ueberangebot als mit einem Mangel an Arbeitskräften zu rechnen haben.

Eine große Gefahr für unsere Arbeiterchaft werden die Kriegsinvaliden bilden. Es gibt bei uns wohl niemanden, der nicht von dem innigsten Wunsche beiseit wäre, diesen Invaliden, die für uns zum Strüppel geworden sind, die nicht mehr über ihre volle Arbeitskraft verfügen, Arbeit und Verdienst zu schaffen. Von der Rente allein werden nur die wenigsten leben können. Auch müssen sie alle, so weit es nur irgend möglich ist, ordentlicher Arbeit zugeführt werden, denn Müßiggang und talentloses Leben betriedigt nicht und birgt viele Gefahren in sich. Deshalb müssen sie so zeitig wie möglich aus der Lazarettbehandlung entlassen werden, damit die Selbstgesundung durch Arbeit unter ärztlicher Beaufsichtigung frühzeitig einsetzen kann. Man hat ja auch bereits eine große Anzahl von Fachschulen und Fabrikwerkstätten eingerichtet, in denen die Arbeiter, welche ihren früheren Beruf nicht wieder aufnehmen können, zu einem anderen Berufe tüchtig gemacht werden.

Es besteht aber die nicht unbegründete Furcht, daß die Kriegsinvaliden durch die Rente nicht nur ihren eigenen Lohn, sondern auch den ihrer Arbeitskollegen drücken werden. Nicht alle Fabriken werden so vorgehen, wie zum Beispiel das Akkumulatorenwerk Oberpreze. Dort erhalten die Weichädigten durchweg den gleichen Akkordlohn ohne jeden Abzug wie die gesunden Leute. Außerdem wurde dort ein Minimalstundenlohn von 40 Pf. festgesetzt, weil sonst die Invaliden, die sich erst einarbeiten müssen, zu wenig verdienen würden. Sobald sie sich eingearbeitet hatten, meldeten sie sich zur Akkordarbeit und haben schon jetzt einen Verdienst von 60 bis 100 Pf. in der Stunde. Einzelne haben es sogar schon auf 138 Mk. gebracht. Man wird aber abwarten müssen, ob viele andere Fabriken diesem Beispiel folgen werden und ob solche Einrichtungen nicht nur in der ersten Begeisterung ins Leben gerufen wurden, um dann wieder zu verwinden. In den Streifen der Winternachtszeit ist man zu dem Ergebnis gekommen, daß

für die staatsbücherei nur solche Invaliden in Betracht kämen, die im Vollbesitz ihrer gebrauchsfähigen Gliedmaßen seien. Diejenigen, welche ein Bein oder einen Arm verloren hätten, könnten dagegen in geeigneten Fällen auf Dampfmaschinen und Motorbooten Verwendung finden. In Gärtnereifreien will man die Entlohnung der Kriegsinvaliden nach den Leistungen richten. Der Magistrat in München hat den Grundsat aufgestellt, daß den städtischen Arbeitern zwar die militärischen Versorgungsgebühren nicht angerechnet werden sollen, im übrigen sich aber die Entlohnung nach der Leistungsfähigkeit richten müsse. Ein sozialdemokratischer Antrag, welcher verlangte, daß die Lohnfestsetzung unter Zugrundelegung der Mindestsätze des ortsüblichen Tageslohnes erfolgen müsse, wurde abgelehnt. Manche Invaliden hegen auch die freilich unbegründete Furcht, daß ihnen die Rente gekürzt werden könne, wenn sie zu viel verdienen, und sind deshalb nicht abgeneigt, auch weniger gut bezahlte Arbeit anzunehmen.

Eine weitere Gefahr für die Arbeiterchaft besteht in der jetzt während des Krieges recht erweiterten Frauenarbeit. Ein plötzlicher völliger Umsturz, eine Rückkehr auf den Zustand vor dem Kriege erscheint ausgeschlossen. Die Frauen sind, der Not gehorchend, in Berufe eingedrungen, die ihnen bis dahin völlig verschlossen waren und werden sich so leicht nicht wieder daraus entfernen lassen. So wurden z. B. schon im Juni 1915 bei der Firma Krupp, die sonst grundsätzlich keine Frauen einstellte, nicht weniger als 6329 Frauen beschäftigt. Das wäre ja an und für sich nicht zu beklagen, wenn nicht die Frauenarbeit im allgemeinen lohndrückend wirkte. Maßgebende Unternehmerkreise haben bereits erklärt, daß die niedrigeren Arbeitslöhne der Frauen ein Vorzug seien, den man auch nach dem Kriege nicht missen möchte. Vergleichlich ist von seiten der Frauen bisher der Grundsatz aufgestellt worden, der eigentlich selbstverständlich sein sollte, gleicher Lohn für gleiche Leistung, gleichviel, ob die Arbeit von Männern oder von Frauen ausgeführt wird. Dieser Grundsatz wird aber noch so gut wie gar nicht befolgt. So wirkt die Frauenarbeit fast regelmäßig lohndrückend, nicht nur für die eigene, sondern auch für die Männerarbeit.

Endlich bildet die Heimarbeit der Invaliden und Kriegserwitwen eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Wer ein gut Teil seines Lebensunterhaltes in Gestalt einer Rente besteht, ist gar zu leicht geneigt, die Arbeitsentlohnung als einen Zusatzverdienst anzufassen und die in der Regel schon ohnehin nicht sehr hoch bemessenen Löhne für Heimarbeit zu unterbieten. Niedrigere Löhne in der Hausindustrie führen aber zur Unterernährung, zur Verkümmern der Arbeiter und drücken auch auf die Fabrik- und Werkstattlöhne in den Zweigen, die nebenbei auch mit Hausindustrie arbeiten.

Aus allen diesen Gründen herrscht in Arbeiterkreisen die Besorgnis, daß trotz reichlicher Arbeitsgelegenheit sich die Arbeitsbedingungen verschlechtern und die Löhne sinken werden. Und weiter befürchtet man auch ein längeres Hochbleiben der Preise für die notwendigsten Lebensbedürfnisse. Diese Furcht ist durchaus nicht unbegründet, denn die Erzeuger und Verteiler der für den Lebensunterhalt notwendigen Mittel werden nur sehr ungern von den hohen Preisen heruntergehen, auch wenn die Verhältnisse, welche diese hohen Preise bedingten, nicht mehr vorhanden sind. Es muß deshalb dafür georgt werden, daß die Schwierigkeiten, welche bei der Rückkehr zu geordneten Verhältnissen zu überwinden sind, durch Lenkung und Knappheit der Mittel für die Lebensbedürfnisse nicht noch größer und Volkskraft und Gesundheit dadurch geschädigt werden.

Aber eine andere, wahrscheinlich noch größere Gefahr droht unserer Arbeiterchaft. Der Krieg hat die bisherigen Machtverhältnisse in den Verbänden der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sehr zum Gunsten der ersteren verschoben. Die Menschenopfer, die auch aus den Kreisen der Arbeitgeber gebracht werden mußten, vielen bei ihren Verbänden gar keine oder nur eine sehr untergeordnete Rolle, da ihre Stärke nicht in der Zahl der Mitglieder, sondern in

der der Betriebe beruht. Viele von diesen haben sich während des Krieges außerordentlich gekräftigt, haben mit gutem Nutzen gearbeitet und sich enger zusammengeschlossen. Der Kriegsausbruch der Industrie hat den Zentralverband deutscher Industrieller und den Bund der Industriellen, die öfter miteinander in Streit lagen, einträchtlich vereinigt. Ja sogar der alte Zwist zwischen Industrie und Landwirtschaft ist, wenn auch nicht ganz aus der Welt geschafft, so doch wenigstens beiseite geschoben worden, und man geht jetzt Hand in Hand mit dem Bunde der Landwirte und den Verbänden des Mittelstandes. So sehen wir, daß die Arbeitgeber- und Unternehmerverbände während des Krieges an innerer Geschlossenheit und damit auch an Einfluß erheblich gewachsen sind.

Man haben zwar eine Reihe von stellvertretenden Generalkommandos dahin gewirkt, daß Lohnkürzungen und Lohndrückereien verhindert werden. Auch sind Schlichtungsausschüsse für verschiedene Gewerbe ins Leben gerufen worden, in denen unter neutralem Vorsitz Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Lösung von Streitigkeiten in zweckdienlicher Gemeinschaft arbeiten. Ob es aber möglich sein wird, diese Einrichtungen in die Friedenszeiten hinüberzueretten, dürfte mindestens fraglich sein und die Hoffnung, die Schlichtungsausschüsse möchten sich zu einem reichsweit einheitlich auszuwählen, wird wohl lange auf die Erfüllung harren müssen. Selbst die geringste Forderung, daß diese zum Schutze der Arbeiter getroffenen Einrichtungen beim Friedensschluß nicht sofort wieder verschwinden, sondern wenigstens bis zum Eintritt geordneter Verhältnisse Gültigkeit behalten, wird nicht ohne Schwierigkeiten zu erreichen sein. Sogar doch die Arbeitgeberverbände den Schlichtungs- und Einigungsämtern den beständigen Widerstand entgegen. Der Zedenerverband hat die Einrichtung eines Einigungsamtes für den Bergbau, das von den obersten Zivil- und Militärbehörden stark begünstigt wurde, runde weg abgelehnt. Das Kriegsministerium machte einen Versuch, einen ständigen Beirat aus Führern der großen Unternehmer- und Arbeiterverbände zu bilden, der in offener Ansprache zu gegenseitiger Unterrichtung über Wünsche, Beschwerden und sonstige Schwierigkeiten dienen sollte. Aber es ist bei dem Versuch geblieben, weil der Widerspruch des Kriegsausbruches der Industrie nicht zu überwinden war. Ja, die Hauptstelle der Arbeitgeberverbände warnte sogar vor der Teilnahme an den Schlichtungsausschüssen, und in einer Eingabe des rheinisch-westfälischen Zedenerverbandes an amtliche Stellen wird ausgeführt, daß man nach wie vor auf dem Herrenstandpunkt stehe und daß die Gewerkschaften künftighin erst recht im Zaume gehalten werden müßten. Geheimrat Stirsdorf erkannte zwar die vaterländische Mitarbeit der Gewerkschaften an, lehnte aber doch jedes Verhandeln mit ihnen ab. Die meisten der führenden Männer in den Arbeitgeberverbänden sind also die alten geblieben, die zwar gern vom Burgfrieden reden, dabei aber für sich die bevorzugte Stellung der Burgherren in Anspruch nehmen. Die Zahl dieser Art von Arbeitgebern ist zwar nicht sehr groß, aber desto einflussreicher. Eine Bestimmungsbewegung aus freien Stücken oder aus besserer Ueberzeugung, der sie sich meist völlig verschließen, erscheint ausgeschlossen, und so läßt die Besorgnis sich nicht unterdrücken, daß schwere Arbeiterkämpfe, besonders im Bergbau, nach dem Kriege bevorstehen.

Wie stehen nun demgegenüber die Arbeiterverbände da? Sie haben einen ungeheuren Verlust an Mitgliedern zu verzeichnen, der bei ihnen ganz anders in die Waagschale fällt, als bei den Arbeitgeberverbänden. In der meigennützigsten Weise haben sie ihre Mittel zur Unterstützung der Arbeitslosen, deren Zahl namentlich kurz nach Kriegsausbruch sehr groß war, und der Familien der Kriegsteilnehmer zur Verfügung gestellt. Schon Ende April 1915, also nach neun Kriegsmonaten, hatten die freien Gewerkschaften für solche Zwecke nicht weniger als 27,5 Millionen Mark ausgegeben und die anderen Arbeiterverbände in ent-

streichender Weise ebenfalls sehr große Summen. Die Neuanstellung der Staffen wird infolge der geringen Mitgliederzahl und der voraussichtlich noch lange anhaltenden Teuerung mit großen Schwierigkeiten verknüpft sein.

Aber die Arbeiterverbände haben noch mehr getan. Sofort nach Kriegsausbruch verkündeten die Leitungen aller gewerkschaftlichen Richtungen, daß alle Streiks einzustellen seien. So wurden 102 schon vor dem 1. Juli 1914 ausgebrochene und 117 im Laufe des dritten Vierteljahres neu hinzugekommene Streiks sämtlich noch im Laufe dieses Vierteljahres erledigt. Seitdem herrscht im großen und ganzen Ruhe auf dem Arbeitsmarkt; denn was von Streiks im Jahre 1915 zu verzeichnen ist, ist kaum der Rede wert. 1913 brachte 2127 Streiks, von denen 9007 Betriebe betroffen wurden. Davon kamen 2917 zum Stillstand. In diesen Betrieben waren 572 842 Arbeiter beschäftigt, von denen nicht weniger als 254 206 streikten und 11 369 gezwungen feiern mußten. 1915 aber kamen nur 137 Streiks vor, die sich auf 178 Betriebe verteilten, von denen nur 31 zum Stillstand kamen. In diesen Betrieben wurden zusammen 47 010 Arbeiter beschäftigt, von denen nur 11 639 streikten und 2372 gezwungen feiern mußten. Sämtliche Streiks waren von ganz kurzer Dauer und wurden meistens schon nach wenigen Tagen beigelegt. . . .

Nun darf man allerdings nicht verkennen, daß auch die Arbeiterverbände durch den Krieg einen auf die Gewinnseite zu verbuchenden Erfolg zu verzeichnen haben. In zahlreichen Fällen haben ihre sich oft befehdenden Ver-

bände sich zu gemeinsamen Handeln vereinigt und es ist zu erwarten, daß die trennenden Unterschiede, wenn auch nicht verschwinden, so doch der Not gehorhend beiseite geschoben werden, um ein einmütiges Handeln in der kommenden schwereren Zeit zu ermöglichen. Der Segen der gewerkschaftlichen Vereinigungen ist zudem in dieser Kriegszeit auch vielen Nichtsozialisten aufgegangen. Die bereitwillige, treue und selbstlose Mitarbeit auf allen Gebieten der Kriegshilfe wird allgemein anerkannt. Der sachkundige Rat der Arbeiterführer wird auch dort, wo man der Arbeiterschaft bisher spröde ablehnend gegenüberstand, bei den Regierungen und im Bürgertum gern gehört und auch befolgt. Man schätzt die Gewerkschaften, achtet sie als nützliche, redliche und unheimlich tüchtige Helfer in der Not und zieht sie gern zur Mitarbeit heran. Man fängt an, ihre Gleichberechtigung anzuerkennen.

Wird diese Stimmung den Arbeitern gegenüber aber auch nach dem Kriege noch anhalten? Wird es nicht gehen wie auf dem Sklavenschiff, auf dem man in höchster Seenot die Sklaven von ihren Fesseln befreite, ihnen die Freiheit versprach, wenn sie helfen wollten, die große Not zu überwinden, und die man nach Beseitigung der Gefahr wieder in ihre trostlosen Zellen sperrte? An Bestrebungen in dieser Richtung wird es gewiß nicht fehlen. Schwere Kämpfe werden den Arbeitern nach dem Kriege nicht erspart bleiben. Für sie gilt es schon heute zu rüsten.

Vereit sein ist alles!

Der Deutsche Landwirtschaftsrat zu den Ernährungsfragen.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat vor kurzem zu den Ernährungsfragen sehr eingehend Stellung genommen und seinen Tadel sehr freigebig nach allen Seiten ausgeteilt. Es ruft viel Unzufriedenheit in dieser Kundgebung, aber nicht darüber, daß in der Verjorgung sich ein unangenehmes Risiko bemerkbar macht, nein, der Unwille richtet sich dagegen, daß man zuviel von der Landwirtschaft fordert.

Die Kundgebung bewegt sich ganz einseitig in den Gedankenängeln einer schroffen Interessenpolitik. Die Frage einer gerechten Verteilung der Nahrungsmittel an die Verbraucher macht den Herren im Deutschen Landwirtschaftsrat weniger Sorgen als die Erhaltung hoher Preise und die Wiederherstellung des ungebundenen freien Handels. Der Anfang der Preisbestimmung hat nicht zum mindesten in den Kreisen des Großgrundbesitzes einen starken Widerspruch hervorgerufen.

Gehen wir zu einigen Wünschen und kritischen Betrachtungen des Deutschen Landwirtschaftsrats über. Der Deutsche Landwirtschaftsrat behauptet, daß die neuen Bestimmungen keine Fürsorge für die Produktion bekunden. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Preise für die Hauptprodukte der landwirtschaftlichen Erzeugung erhöht oder auch gleichgehalten sind, die Verjorgung mit Arbeitskräften durch Ueberweisung von Gefangenen zugenommen hat und die künstlichen Düngemittel und Straßfutter eine vermehrte Produktion aufweisen. Das geschah doch im Interesse der Landwirtschaft. Wir haben auch die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß im letzten Jahre die Anbaufläche für die Hauptgetreidearten zugenommen hat, wonach von einem Mangel an Anreiz in der Produktion nicht gesprochen werden kann.

Einige Maßnahmen mögen für die Landwirtschaft nicht angenehm sein. Dazu gehört der Eingriff in die Viehbestände und in die Milchverjorgung. Verständige Leute in der Landwirtschaft werden aber erkennen müssen, daß es leider nicht möglich war, unsere Fleischverjorgung selbst in diesem geringen Umfange sicherzustellen, ohne einen Eingriff in die Viehbestände. Ebenso ist bei der mangelnden Fettverjorgung über eine Beschlagnahme der Milch nicht zu vermeiden. Wenn, wie der Deutsche Landwirtschaftsrat behauptet, darunter die Produktionsrendigkeit leidet, er von einer Verlä-

gung und Verärgerung der landwirtschaftlichen Kreise spricht, so muß gesagt werden, daß hier vollkommen das Empfinden dafür fehlt, was im Interesse der Gesamtheit gegenwärtig geschehen muß. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich bei all diesen Eingriffen um keine materiellen Schädigungen handelt, denn bei dem Verkauf oder der Beschlagnahme der Produkte werden so reichliche Preise gewährt, daß von einer Benachteiligung des Landwirts nicht gesprochen werden kann.

Sehr bezeichnend ist, in welcher Weise der Deutsche Landwirtschaftsrat die Durchführung der Schweinemast und Kartoffelverjorgung behandelt. Er hält eine größere Aufzucht der Schweine nur durch die Erhöhung der Viehpreise für möglich. Es würde sehr viel näher liegen, in einer Herabsetzung der Futtermittelpreise eine Förderung der Schweinemast zu sehen. Denn die gegenwärtigen Preise von 340 Mk. für die Tonne Gerste sind so unerhört hoch, daß auch die unerschämteste Begierde diesen Preis nicht verteidigen kann. Aber diese Preise bestehen ja auch nur für die Viehhalter, die keine eigene landwirtschaftliche Produktion haben. Da wo die Gerste für die Schweinezucht aus der Wirtschaft genommen wird, kommen dem Landwirt diese enorm hohen Gerstenpreise beim Viehverkauf vollständig in Anrechnung. Die 40 Prozent Gerste, die von der Beschlagnahme frei sind, finden zu mindestens Zweidritteln in der Schweineaufzucht Verwendung. Der Deutsche Landwirtschaftsrat müßte es, wenn er nur ein wenig die Interessen der Allgemeinheit vertreten wollte, als einen ganz unbilligen Zustand erachten, daß gegenwärtig der Roggen zum Preise von 240 Mk. beschlagnahmt wird, während für Gerste 340 Mk. gezahlt wird. Diese Preisdifferenz muß geradezu wieder einen starken Anreiz bieten, Roggen zu verfrachten, das heißt, unsere Brotverjorgung auf der knappen Nation zu halten, auf die wir gegenwärtig geteilt sind. Denn die Kontrolle des Verbrauchs und der Ablieferung in der Landwirtschaft ist eine so schwierige, daß von einem starken Durchführen nicht die Rede sein kann. Deshalb klagt auch der Deutsche Landwirtschaftsrat bereits über ein Erzwingen der Verjorgung. Leider, statt daß er oder der Bund der Landwirte der landwirtschaftlichen Ver-

völkern klar gemacht hätte, was sie im Interesse der Gesamtheit für Pflichten zu erfüllen haben. Es hätte auch sehr nahe gelegen, wenn der Deutsche Landwirtschaftsrat im Interesse der Schweinemast gefördert hätte, daß das Kontingent der Gerste für die Branereien herabgesetzt würde. Haben wir für die Schweinemast keinen Ueberfluß an Futtermitteln, dann würde es im Interesse einer rationellen Verwendung der vorhandenen Erträge liegen, wenn wir die 500 000 Tonnen Gerste, die heute der Schweinemast zugedacht sind, gegenüber 900 000 Tonnen für Branereizwecke um einen erheblichen Teil erhöhen würden. Indes der Deutsche Landwirtschaftsrat hat natürlich ein größeres Interesse an der hohen Preisgestaltung der Gerste. Der Preis von 340 Mk. für Branergerste, den die Gerstegesellschaft zahlt, ist zu verlockend, als daß man im Interesse der Volksernährung fordern könnte, daß ein größeres Quantum für die Schweinemast zur Verfügung gestellt wird. Wenn der Landwirtschaftsrat die Interessen der kleinen Weißer wahrnehmen wollte, dann hätte er dagegen auftreten müssen, daß den Provinzial-Futtermittelstellen allein 20 Mk. Speien pro Tonne für die Verteilung der Gerste an die Mätereien überwiesen werden. Aber wer sitzt in den Provinzial-Futtermittelstellen?

Noch eigenartiger gestaltet sich die Kritik unserer Kartoffelversorgung. Wenn gegenwärtig das Kriegsernährungsamt in seinen Maßnahmen den Grundsatz zur Geltung bringt, zunächst für die menschliche Ernährung die notwendigsten Vorkände sicherzustellen, so wird hiergegen kaum ein sachlicher Einwand erhoben werden können. Indes, der Deutsche Landwirtschaftsrat hat hieran viel auszusetzen, und fast scheint es, als ob ihm die Viehhaltung und Spiritusbrennerei bei der Kartoffelversorgung wichtiger wäre, als die Sicherstellung für die menschliche Ernährung. Ganz entschieden muß aber dagegen Einwand erhoben werden, daß wieder dem Kartoffelhandel das Feld freigegeben wird. Die Folge würde sein, daß hier bei dem unsicheren Ernteertrag in diesem Jahr wieder die schwierigsten Situationen entstehen würden. Die Wiederholungen eines vollkommenen Stokens in der Kartoffelversorgung, wie wir sie in diesem Frühjahr erlebt haben, können nur durch eine gute Organisation, nicht aber durch den freien

Handel vermieden werden. Der freie Handel könnte nur eins herbeiführen, die Aufhebung der Höchstpreise und damit eine maßlose Steigerung der Kartoffelpreise. Das scheint wohl auch der Zweck, den diese Kreise verfolgen, zu sein.

Bezeichnend für die ganze Art der Stellungnahme des Deutschen Landwirtschaftsrats zu der Ernährungsfrage ist, daß er die Eingriffe in die Milchversorgung, soweit die Landwirtschaft mit ihrem Verbrauch in Frage kommt, abweist. Als ob wir nicht heute auch von unseren Volksgenossen auf dem Lande verlangen können, daß sie sich ein wenig die Beschränkungen auferlegen, die die städtische Bevölkerung erdulden muß. Zu beachten ist bei all diesen Verordnungen, daß ihre Durchführung mit voller bewusster Gewissenhaftigkeit gar nicht möglich ist, so daß auf dem Lande, soweit der Besitz herrscht, die Einschränkung überhaupt nicht empfunden wird. Sie wird dort getragen hauptsächlich nur von den Arbeitern. Nicht zufrieden mit den hohen Preisen, verlangt der Deutsche Landwirtschaftsrat die Druckprämien, die leider das Kriegsernährungsamt eingeführt hat, für einen längeren Zeitraum. Obwohl dem Deutschen Landwirtschaftsrat bekannt ist, daß diese Druckprämien nur gezahlt werden sollen, weil die Betriebe höhere Aufwendungen an Arbeitslöhnen zu machen haben, scheut man sich nicht, diese Prämien auch dann zu verlangen, wenn diese Voraussetzungen wegfallen. Man will in ganz unbestreitbarer Absicht immer wieder durch irgendwelche Manipulationen die hohen Preise erhalten.

Man braucht nicht alle Maßnahmen des Kriegsernährungsamts für richtig zu halten, es könnte vor allem mehr geschehen, um die Lage der großen Masse der Verbraucher in den Städten zu verbessern, aber gegenüber der Lebensmittelpolitik des Deutschen Landwirtschaftsrats möchten wir doch das Kriegsernährungsamt in Schutz nehmen. Wenn die Tendenzen, die in diesen Anforderungen des Deutschen Landwirtschaftsrats liegen, zur Durchführung kämen, so würden die Engländer einen neuen, sehr wichtigen Bundesgenossen gewinnen, der uns das Durchhalten in der Nahrungsversorgung noch mehr erschweren könnte.

Robert Schmidt.

Die Hölle in der „Deutschland“.

Daß die Handels-Interseebootfahrten der „Deutschland“ und „Bremen“ kein Kinderpiel sind und die hohen Reisekostenswagen einer mühsameren Verteilung Platz machen sollten, beweist die nachfolgende Schilderung des Kapitäns der „Deutschland“, Mü n i e, die dem Buche „Die Fahrt der Deutschland“ (Verlag Ullstein, Berlin, Preis 1 Mk.) entnommen ist. Das Kapitel „Die Hölle“ lautet:

„Der Juni ging allmählich seinem Ende zu, und leider auch das gute Wetter. Aufkommende südwestliche Dünung und das Ausbleiben der erhofften Mitströmung waren Zeichen eines im Süden den Lauf des Golfstromes entlangziehenden Sturmzentrums.

So fahren wir noch einen Tag. Am Abend beginnt es schwül und drückend zu werden; hinter blutigen Dunstschleiern geht die Sonne zögernd unter. Trohend aussehende Luft und heftiges Wetterleuchten, dazu rasch wachsende feuchte Schwüle in der Atmosphäre verkünden die Nähe des Golfstromes. In der Nacht sehen maßlos heftige Gewitter ein, mit einem von allen Seiten umspringenden Wind und wild durcheinander laufender See, die das Steuern merklich erschwert.

Messungen ergeben ein Zunehmen der Wassertemperatur, die schließlich bis auf 28 Grad Celsius steigt. Wir sind im Golfstrom, der seinen Umkreis in der Luft über sich durch einen feurigen Kranz von schweren Tropengewittern bezeichnet. Starke Meeresleuchten und heftige atmosphärische Störungen sind weitere Begleiterscheinungen des Stromes. Wir merken das an unserem F. I. Apparat, der durch die Spannungen der elektrisch überladenen Luft irritiert wird und zu streifen beginnt. Bis jetzt hat er uns jeden Tag die Meeresberichte der Station Nauen getreulich übermittelt. Das Meeresleuchten behindert den Ausguck sehr stark; man ist manchmal geradezu geblendet, die Augen werden gereizt und der Blick unsicher gemacht durch das ständige Funkeln der Meeresoberfläche in der tiefenschwarzen Nacht. Das ist nun sehr

unausnehmbar, denn wir kommen jetzt in eine Gegend, wo sich viele Dampfertrahls schneiden und doppelte Vorsicht am Platz ist.

Dazu wird das Wetter äußerst böseartig; großer Seegang kommt auf, schwere Hagelböen prasseln auf Deck und in die schäumenden aufgeschweiften Wogen, es weht Windstärke 11—12. In der Runde über dem tosenden Meer hängen schwere schwärzliche Wolkenbänke, aus denen es unaufhörlich schlagelb aufzuckt; ganze Breiten von Blitzen. Dann rückt die Luft draußen plötzlich in tief schwarze Nacht zurück, während auf Augenblicke das Boot und das umgebende Wasser in grünlichem Licht aufflammen, in allen Einzelheiten sichtbar. . . .

Die ganze Atmosphäre ist in einem brüllenden Aufreiß, es rollt über uns mit einem einzigen, ununterbrochenen Donnertraden, wir kommen in das Zentrum. Ein Herenreigen von Urveltsgewittern tost um das Boot, es ist wie das Ende aller Dinge. . . .

Plötzlich tauchen hinter uns die Topplaternen eines großen Dampfers auf. Wir können ihn in der dunklen Nacht ungeschehen aus dem Wege gehen. In einiger Entfernung zieht er wie ein leuchtendes Erscheinungsvorüber; es ist ein Passagierdampfer, der seinem Kurs nach zu schliefen, aus dem Mittelmeer kommt. Ich muß gestehen, wir blickten seinen Lichterleuchten doch mit einer kleinen Regung von Neid nach, bis ihn Regen und Dunkelheit wieder verdeckten.

Am nächsten Tag erreichte das Unwetter seinen Höhepunkt. Erkmantartige Böen setzten daher, die Luft war von ständigem Wind erfüllt. Das Wasser geht nicht mehr in Fäden nieder, es sind ganze Mastaden, es sind Wände von Wasser, die da vor uns herunterstürzen und geradezu schwerhaft auf Gesicht und Schiffsdecke drücken. Der Regen ist so dicht, daß man nicht mehr gegen ihn sehen kann. Um nur ein wenig Umschau zu gewinnen, muß man eine kleine Glascheibe vor's Auge halten, mit dem Ergebnis, daß ein kleiner Sturzbach von der Scheibe in den Kessel geweht wird.

Das Boot arbeitet außerordentlich schwer in der tobenden See.

Teuerungszulagen in Hannover.

Im August wurde in einer Eingabe des Verbandes gefordert, die Löhne der städtischen Arbeiter und Angestellten um 1 Mk. pro Tag zu erhöhen. Die in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage sollten mitbezahlt werden. Schon oft wurde letztere Forderung erhoben, deren Erfüllung gerade in der jetzigen Zeit dringend notwendig ist. Ueber neunzig Prozent der städtischen Arbeiter erhalten Löhne, bei denen den Arbeitern auch nicht annähernd eine menschenwürdige Existenz möglich ist. Die bisherigen Teuerungszulagen von monatlich 10 Mk. für Verheiratete und 6 Mk. für Unverheiratete waren im Vergleich zur gewaltigen Teuerung viel zu gering. Endlich hat man auf unsere Anregungen hin die Teuerungszulagen erhöht. In der Sitzung vom 28. September 1916 beschloffen die städtischen Kollegien:

Gruppe 1: Alle von der Stadt Beschäftigten Beamten, Angestellten, Lehrer, Lehrerinnen, Arbeiter und Arbeiterinnen mit einem Jahreseinkommen bis zu 5700 Mk. erhalten monatlich:

a) als Unverheiratete 12 Mk., b) als Verheiratete 20 Mk., c) für jedes Kind 5 Mk.

Gruppe 2: Alle Hinterbliebenen städtischer Angestellten, Pensionäre usw., soweit sie nicht auf Grund eines besonderen Beschlusses Rente beziehen, erhalten monatlich: a) für sich 12 Mk., b) für jedes Kind 5 Mk.

Gruppe 3: Die Angehörigen der zum Seeresdienst einberufenen verheirateten städtischen Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter erhalten monatlich: a) für die Ehefrau 20 Mk., b) für jedes Kind 5 Mk.

Die Summe dieser Zulagen soll jährlich 880 000 bis 880 000 Mark betragen.

Die Finanzkommission hatte auch angeregt, die Zulage allen Berechtigten am 1. Oktober auf ein Vierteljahr im Voraus zu bezahlen, um sie instand zu setzen, sich Kartoffeln, Kohlen usw. für den Winterbedarf einzukaufen zu können. Hiergegen wandte sich merkwürdigerweise Vizebürgermeister Rector Wasjedow. War es wirklich so schlimm, auch einmal den Arbeitern das selbe zu gewähren wie den Beamten? Jedenfalls war das bei den Arbeitern viel notwendiger als bei den Beamten mit 4000 bis 5700 Mk. Gehalt. Wer natürlich Verschlechterungen anregt, findet bei unserem Stadtdirektor ein williges Ohr. So wurde dann die Auszahlungsweise der Teuerungszulage den einzelnen Amtsstellen überlassen. Hoffentlich gelangen die Teuerungszulagen an jedem Lohnzahlungstag mit zur Auszahlung. Erfreulich ist, daß auch die Angehörigen der zum Seeresdienst Eingezogenen diese Teuerungszulage mit erhalten sollen.

Die jetzt bewilligten Zulagen gehen über den Rahmen der sonst hier üblich gewährten Zulagen erheblich hinaus. Wenn nun auch anerkannt wird, daß endlich einmal auch in Hannover für die Arbeiter etwas getan ist, so läßt sich doch die Tatsache nicht leugnen, daß in Anbetracht der niedrigen Löhne die jetzige Zulage wie ein Tropfen auf einen heißen Stein wirkt. Während der jetzigen gewaltigen Teuerung genügt die Zulage nur für die oberen Gehaltsklassen, niemals aber für die unteren. Es war den Arbeitern bitter ernst, als sie eine Lohnzulage von 1 Mk. pro Tag forderten. Eine durchgreifende Aufbesserung der Löhne tut dringender not. Wenn der Stadtdirektor in Wort und Schrift für fortgesetzte Preiserhöhungen der Lebensmittel wirkt, dann ist es dringende Pflicht, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten den teureren Verhältnissen anzupassen. Natürlich hat man auf dem Rathause kein Interesse an der Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, wenn die Arbeiter selbst versagen. Auch diese Zulage haben die städtischen Arbeiter der Wirksamkeit ihrer Organisation zu verdanken. Die Stärkung der Organisation liegt daher im Interesse aller und ist die Mitarbeit jedes einzelnen notwendig.

Monatsbericht vom Krieg

Berlin, 1. Oktober 1916.

Vor Monatsfrist schien der Höhepunkt der Sommeschlacht heranzunehmen. In der Tat sind auch die gewaltigen englisch-französischen Anstürme vom 2., 3. und 6. September mit 28 Divisionen erfolgt. Dazu kam eine fürchterbare Munitionsverflechtung, wovon man sich kaum einen Begriff machen kann. Unter ungeheuren Verlusten stürmten die Franzosen und Engländer immer wieder, besonders heftig vom 12. bis 15. September. All dies fast ohne jeden Fortschritt, dank der eisernen Willenskraft unserer Truppen, die nun seit 3 Monaten übermenschliches leisten. Am 26. September gelang den englisch-französischen Angreifern ein Teilerfolg. Sie schlugen eine „Beule“ bei Guendecourt-Combles-Chavesnes, gewannen auch einige Kilometer Raum bei Thiepval. Bei alledem wird der Durchbruch unserer Westfront von den Engländern vielfach selbst bezweifelt. — In der Maas bei Verdun ist es inzwischen etwas weniger stürmisch zugegangen. In der ersten Septembertwoche raunten die Fran-

Die Wogen werfen es hin und her, daß es in allen Verbänden bracht. Manchmal holt es so über, daß man sich mit der einen freien Hand kaum noch an der Brüstung der „Badewanne“ halten kann. Es ist ein Inferno.

Aber es ist nichts gegen die Hölle dort unten im Boot, besonders in der Maschine. Bei der wilden See müssen natürlich alle Luken geschlossen sein; auch das Turmfuß kann nur zeitweise offengehalten werden. Wohl arbeiten zwei große Ventilationsmaschinen unaufhörlich. Aber die frische Luft, die sie aus dem Bergfällig vor Wechern geschützten Ventilationschacht nach unten saugen, wird von den gierigen Dieselmotoren sofort verschlungen. Die gefräßigen Ungeheuer geben voll Dank dafür nur Hitze ab, schwere lastende Hitze mit fürchterlichem Lelbdunst geschwängert, die nun von den Ventilatoren im Kreislauf durch alle Räume wepfeilt wird. Erfrischung kann solche Ventilation nicht mehr bringen. Die Luft im Boot ist dabei bis zu einem phantastisch hohen Grade mit Feuchtigkeit gesättigt. Man glaubt gar nicht mehr in ihr atmen zu können und sieht resigniert oder mit Walsenhumor dem Moment entgegen, wann man eigentlich zum Fische werden müßte. Bei geschlossenen Luken sammelt sich in dem abgescherrten Schiffskörper überall Schweißwasser an, das in der Wärme wieder verdunstet, alles durchfeuchtet und schimmeln läßt. Alle Schubfächer und die Türen der Schränke quellen auf und klappen; dazu kommt das nasse Zeug, mit dem die Nachhabenden vom Turm kommen und das nun das ganze Boot verpestet.

Man kann sich gar keinen Begriff machen von der Atmosphäre. Die so allmählich entleert; von der Hülltemperatur, die in dem Boot brütet. Wir hatten im Golfstrom eine Außentemperatur von 28 Grad Celsius. So warm war schon das uns umgebende Wasser. Frische Luft kommt nicht mehr herein, und im Maschinenraum hämmern in rasendem Viertakt zwei sechszehnlindrige Verbrennungsmotoren. Die Kraft ihrer Explosionen schleudern sie in die umliegenden Turbellen, mit glühendem Atem frachen die verbrannten Gase zur Auspufföffnung hinaus, aber die Blut der

unaufhörlichen Verbrennungen bleibt in den Zylindern und teilt sich der ganzen öltriefenden, stählernen Umgebung mit; eine atembeklemmende Wolke von Hitze und Lelbdunst geht von den Maschinen aus und verbreitet sich lastend durch die Räume. Die Temperatur stieg in diesen Tagen bis auf 53 Grad Celsius. Und in einer solchen Hölle lebten und arbeiteten Menschen. Stöhnend wälzten sich die nackten Freiwächter in ihren Kojen; an Schlaf war kaum zu denken, und wenn einer gerade daran war, in ein dumpfes Gindämmern zu versinken, dann weckte ihn der über die Stirn unaufhörlich in die Augen rinnende Schweiß zu neuer Qual.

Fast wie Erlösung scheint's, wenn die 8 Stunden Ruhe vorüber sind und die neue Wache in die Zentrale oder in die Maschine ruft. Nun aber geht das Martyrium erst an. Nur mit Unterhemd und Hose bekleidet, stehen die Leute auf ihren Posten, um die Stirn ein Tuch gebunden, das den rinnenden Schweiß von den Augen fernhalten soll. Das Blut glüht und rast in den Schläfen, wie Fieber locht's in den Adern; nur mit höchster Willensanstrengung gelingt es, den schweißüberströmten Körper zu mechanischer Dienstleistung zu zwingen und sich die vier Stunden Wache aufrechtzuerhalten. . . .

Aber wie lange noch wird das auszuhalten sein? Ich habe in jenen Tagen kein Tagebuch mehr geführt und finde nur die Aufzeichnung: „Höher darf die Temperatur nicht mehr steigen, wenn es die Leute im Maschinenraum noch aushalten sollen.“ Aber sie haben es ausgehalten, sie blieben aufrecht wie Gelben, sie taten ihren Dienst, erschöpft, glühend und schweißbedeckt, bis das Sturmzentrum hinter uns lag, bis es draußen aufklärte, bis die Sonne durch die Wolken brach und der abnehmende Seegang gestattete, die Luken wieder zu öffnen.

Dann stiegen sie herauf aus ihrer Hölle; bleich, öltriefend und schweißbedeckt kamen sie ans leuchtende Tageslicht und freuten sich der Sonne, als schiene sie ihnen zum erstenmal. . . .

zogen vergeblich bei Tchernomont und Souville an. Hier scheint der Kampf vorerst zu stehen.

Die Ostfront bot im September ein wechselvolles Bild. Am 2. September vergeblich russischer Ansturm am Stochod mit fürchterlichen Verlusten. Unser Vorstoß am 17. und 18. September an der Majowka brachte 4200 Gefangene. Weiter nördlich am Stochod gelang uns am 18. September die Besetzung des Brückenkopfes Kalesze (2500 Gefangene). Ein weiterer Zeilerfolg bei Korinica brachte uns am 27. September über 2000 Gefangene, 2 Geschütze, 19 Maschinengewehre.

Inzwischen ist auch in Siebenbürgen die rumänische Front aufgeloht. Am 1. September gelang den Rumänen noch die Besetzung der Donauuferstadt Orsova. Am 23. September wurde nicht nur Söfny befreit, sondern auch der Bukanpash zurückerobert, der aber am 25. September wegen Umgebung wieder aufgegeben wurde. Das mächtige ungarische Steinfabrikergewerk Petrofjan blieb aber in Händen der Österreicher. Am 29. September erfolgte ein kräftiger Vorstoß unserer verbündeten Truppen im Górgangebirge (über 600 Gefangene). Bereits am 26. September wurde eine Umfassungsschlacht bei Hermanstadt eingeleitet. Sie brachte unseren Truppen am 29. September einen entscheidenden Sieg, dessen Folgen für die Rumänen noch nicht abzusehen sind. Durch kühnen Gebirgsmarsch haben bayerische Truppen den Kotenturmpash besetzt und so die Rückzugslinie der 1. rumänischen Armee abgeschnitten, die von drei Seiten eingekesselt wurde. Die Beute ist sehr groß und noch nicht zu übersehen.

In der Dobrudschka hat die bulgarisch-deutsche Armee in raubem Vorstoß am 3. September die Festung Dobric erobert. Am 6. September fiel Tutrakau, der Donaubrückenkopf nach Wararest. In bulgarische Hände, mit 21 400 Gefangenen, 100 Geschützen und viel Kriegsmaterial. Bereits am 8. September hatten die Rumänen die stark Donauuferstadt Silistria geräumt. Am 14. September erfolgte ein entscheidender Schlag gegen die gewaltigen rumänisch-russischen Heere, die bis zur wohl vorbereiteten zweiten Verteidigungslinie von Masowa-Codina-Tupla zurückweichen mußten. Hier 20 Kilometer von der Eisenbahnlinie Pulkareh-Cernawoda-Konstanza steht zurzeit die Kampflinie. Die Verluste der Rumänen werden auf über 70 000, dazu Gefangene insgesamt 30 000, angegeben.

Am der italienischen Front versuchte Cadorna nur am 12. bis 11. September eine 6. neue Offensive ohne Erfolg. Der 24. September brachte den Monte Simone durch Sprengung wieder in die Hände der Österreicher, 400 Italiener wurden gefangen, ungeheure italienische Verluste.

Vor Saloniki ist es im September auch recht unruhig gewesen. Doch sind die Fronten wenig geändert. Das 4. griechische Armeekorps (Standort Stavalla hat sich unter deutschen Schutz gestellt) und wird nach Deutschland (Ödlich) unter Verlassung seiner Waffen abtransportiert.

Die Luftkämpfe werden immer zahlreicher. Am 24. September bombardierte ein Zepplingeschwader London. 2 Luftschiffe gingen verloren. Die Besatzung (22 Mann) eines derselben konnte sich retten und wurde gefangen. Am 25. September erfolgte ein erneuter Zepplingangriff auf den Kriegshafen Bournemouth und Mittelmeerland. - Am 19. September wurde im Mittelmeer ein vollbesetzter Truppentransportdampfer in wenigen Sekunden versenkt.

In der politischen Arena sieht es im September nicht minder bunt aus. Besonders Griechenland ist noch immer ein ungeheures Mäjel, doch überwiegen die Kriegstreiber um Venizelos mittels „Revolutionen“ ebenfalls zu gelangen. - In Frankreich hat sich Briand am 14. September für eine „Vergeltung Frankreichs“ ausgesprochen. Die Kredite wurden mit allen gegen 4 Stimmen angenommen. Auch in England ist die Hoffnung auf Sieg harter denn je, wie insbesondere der Gewerkschaftskonferenz am 4. September dokumentierte.

In Deutschland fand vom 21. bis 23. September die sozialdemokratische Reichskonferenz statt, worüber wir bereits berichteten. Sie ergab folgende Beschlüsse: für die Taktik des 1. August. Am Reichstag hat Weibmann am 25. September eine Rede gehalten, die sich insbesondere mit England beschäftigte und den Ernst der Lage andeutlich machte. In der inneren Politik sollte für alle Tüchtigen geschaffen werden. Das ist von der augenblicklichen Neuorientierung noch immer fern. Ich wenig. Königt wäre man mit Taten den Anfang machen sollen.

◆ Aus der Praxis der Arbeiterversicherung ◆

Ein städtischer Waldaufseher, der Kultur- und Wegebauarbeiten beaufsichtigt, das geschlagene Holz nachmisst und Lizen darüber führt, unterliegt dem Versicherungsgezet für Angestellte. Diese Entscheidung hat der Reichsanwalt für Angestelltenversicherung getroffen. Der Tatbestand ist folgender: Der Waldaufseher A. in beim Magistrat in B. in Stellung. Er bezieht ein monatlich zahlbares Gehalt von 1000 Mk. jährlich nebst 200 Mk. Nebeneinnahmen. Es besteht monatliche Mündigkeitsfrist. Die Tätigkeit ist folgende: A. hat die Aufsicht über den 1068 Hektar großen Stadtwald und über in erster Linie den Forstschuß und nebenbei auch den Jagdschuß aus. In der Forstwirtschaft beaufsichtigt er unter der Oberleitung des Forstamts alle Kultur- „Wegebau“ und sonstigen Arbeiten, insbesondere Aufforstungen und Abholzungen. Das geschlagene Holz hat er aufzuweisen und schriftliche Aufstellungen darüber zu machen. Es sind ihm ständig etwa 4 und in außergewöhnlichen Fällen bis 25 Kulturarbeiter und Holzhauer erteilt, deren Annahme und Entlassung ihm obliegt. Er verteilt die Arbeiten unter sie und führt bei allen Arbeiten, seien sie im Fremddienst oder Tagelohn geleistet oder von Forstbediensteten ausgeführt, die unmittelbare Aufsicht. Bei den Tagelohnarbeiten hat er die Lohnlisten aufzustellen. Sonstige jährliche Arbeiten liegen ihm nicht ob. Für den Forstberuf ist er nicht durch den Besuch einer Fachschule vorgebildet, sondern er hat sich seine Kenntnisse durch langjährige Dienztätigkeit und Strebsamkeit angeeignet. Der Magistrat hielt den Aufseher nicht für versicherungspflichtig im Sinne des Angestelltenversicherungsgezetes. Der Aufseher selber war anderer Meinung und bekam Recht. In der Entscheidung heißt es: „Die Versicherungsspflicht des Angestellten hängt davon ab, ob er zu einer der im § 1 Absatz 1 des Versicherungsgezetes für Angestellte genannten Berufsgruppen zu rechnen ist. Dabei ist davon auszugehen, daß das Gezet weder den Begriff des „Angestellten“ hat fest umschreiben, noch die versicherungspflichtigen Berufe ersöpfend hat aufzählen wollen, daß es vielmehr nach unten hin alle der landarbeitenden Bevölkerungsklasse angehörenden Personen Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge, Dienstboten usw., nach oben hin die Selbständigen von der Versicherungspflicht hat auszuheben wollen.“

Zu den Selbständigen gehört der Aufseher zweifellos nicht. Es bleibt daher zu prüfen, ob er der landarbeitenden Bevölkerungsklasse zugezählt werden muß. Diese Frage ist zu verneinen, in der Hauptsache besteht der Dienst des Aufsehers nicht in körperlicher Arbeit, sondern in der Leitung und Beaufsichtigung der ihm untergebenen Arbeitkräfte. Für die ordnungsmäßige Ausführung der Kultur- und Wegebauarbeiten, der Abholzungen und Aufforstungen ist seine Anleitung und Aufsicht von wesentlicher Bedeutung. Ständig sind ihm 1. zuweilen bis 25 Arbeitkräfte unterstellt, denen er die Arbeit zuteilt und die er zu beaufsichtigen hat. Es liegt ihm ferar ihre Annahme und Entlassung ob. Diese Aufgaben und Befugnisse erheben sich an sich schon über den Kreis der landarbeitenden Bevölkerungsklasse. Dazu kommt, daß das Aufnehmen des geschlagene Holz, die Aufstellung der Abrechnungen und Nebenrechnungen sowie die Führung der Lohnlisten keineswegs als mechanische Schreibarbeiten angesehen werden dürfen. Seine Stellung ist als wechweiserähnlich zu bezeichnen. Er ist deshalb nach dem Versicherungsgezet für Angestellte versicherungspflichtig, da seine Tätigkeit als Waldaufseher unabweislich aus seinem Hauptberuf bildet.“

◆ Aus den Stadtparliamenten ◆

Kriegs-Teuerungszulage.

Stiel. (Erhöhung der Kriegsteuerungszulagen.) Die Zulagen betragen bisher: für Unberufete 30 Pf. pro Tag oder 7,50 Mk. pro Monat, für Berufete ohne Kinder 50 Pf. pro Tag oder 12,50 Mk. pro Monat, für Berufete mit 1 bis 2 Kindern 60 Pf. pro Tag oder 15 Mk. pro Monat, mit 3 bis 4 Kindern 80 Pf. pro Tag oder 20 Mk. pro Monat, mit 5 und mehr Kindern 1 Mk. pro Tag oder 25 Mk. pro Monat. Die obere Einkommensgrenze für die Bezugsberechtigung betrug für Berufete mit Kindern 2000 Mk. Mit Rücksicht auf die Fortdauer der Teuerung sollen die Zulagen wie folgt erhöht werden: a. bis zu einem Jahresdiensteinkommen von nicht mehr als 2000 Mk. erhalten Unberufete 50 Pf. pro Tag oder 12,50 Mk. pro Monat, Berufete ohne Kinder unter 15 Jahren 70 Pf. pro Tag oder 17,50 Mk. pro Monat, Berufete mit Kindern unter 15 Jahren für jedes Kind 20 Pf. pro Tag oder 5 Mk. pro Monat; b. bei einem Jahresdiensteinkommen von mehr als 2000 Mk. erhalten Unberufete 30 Pf. pro Tag oder 7,50 Mk. pro Monat, Berufete ohne Kinder unter 15 Jahren 50 Pf. pro Tag oder 12,50 Mk. pro Monat, Berufete (Einkommene) mit Kindern unter 15 Jahren für jedes Kind 10 Pf. pro Tag oder 2,50 Mk. pro Monat. In Grenzfällen, insbesondere bei geringer Heberkunft

zung der Höchstgrenze, Unstimmigkeiten oder Härten, kann der Magistrat einen angemessenen Ausgleich bewilligen. Für vorübergehend beschäftigtes Bureauhilfspersonal wird der Magistrat ermächtigt, Feuerungszulagen je nach Lage des Falles, jedoch nicht über die vorgenannten Sätze hinaus, zu bewilligen. Für die Lehrpersonen an den städtischen Schulen wird für die Zeit vom 1. Juli bis zum 1. Oktober d. J. eine Kriegsteuerzulage nach Maßgabe der für diese Zeit für die städtischen Beamten geltenden Vorschriften nachbewilligt. Oberbürgermeister Lindemann begrüßte den Vorschlag des Magistrats, der eine Feuerungszulage vorschlägt, statt eine Lohnzulage, wie es der Arbeiterratsausschuß wünschte. Eine Lohnzulage würde zu Ichnematistisch wirken bei der heutigen Teuerung. Anders wirkt eine nach Kinderzahl abgestufte Feuerungszulage wohlthätiger. In der bisherigen Regelung war noch nicht die Feuerungszulage für die Lehrer einbezogen. Vom 1. Juli ab sollen auch diese den Beamten usw. gleichgestellt werden. Es wird zugespitzt, daß auch diese Vorschläge nicht alle Schwierigkeiten beseitigen, aber wir glauben doch, daß sie zeigen, daß wir streben, diejenigen, die am meisten unter den wirtschaftlichen Folgen des Krieges leiden, zu helfen. — Die Vorlage wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Die neu bewilligte Feuerungszulage ab 1. Oktober 1916 ergibt nachstehendes Bild für die städtischen Arbeiter: Vor dem 1. Oktober 1916: Unverheiratete 30 Pf., Verheiratete 50 Pf., mit 1 Kind 60 Pf., mit 2 Kindern 60 Pf., mit 3 Kindern 80 Pf., mit 4 Kindern 80 Pf., mit 5 Kindern 1 Mk., mit 6 Kindern 1 Mk., mit 7 Kindern 1 Mk., mit 8 Kindern 1 Mk. pro Tag; nach dem 1. Oktober: Unverheiratete 50, mehr 20 Pf., Verheiratete 70, mehr 20 Pf., mit 1 Kind 90, mehr 30 Pf., mit 2 Kindern 1,10 Mk., mehr 50 Pf., mit 3 Kindern 1,30 Mk., mehr 50 Pf., mit 4 Kindern 1,50 Mk., mehr 70 Pf., mit 5 Kindern 1,70 Mk., mehr 70 Pf., mit 6 Kindern 1,90 Mk., mehr 90 Pf., mit 7 Kindern 2,10 Mk., mehr 1,10 Mk., mit 8 Kindern 2,30 Mk., mehr 1,30 Mk. pro Tag.

Aus unserer Bewegung

Stittau. Nichts gelernt und auch nichts veranlassen scheint während der Kriegszeit auch der Stadtrat von Stittau zu haben. Unterm 4. September hat die Gewerkschaft eine Eingabe an den Stadtrat gefordert, worin um eine Feuerungszulage von 3 Mk. pro Woche für die städtischen Arbeiter gebeten wurde. Jetzt hat der Stadtrat zum Verordnungsamt eingesetzte Gewerkschafts-Mitglieder eine Antwort vom Stadtrat erhalten, die so aussieht: „Der Stadtrat hat keine Veranlassung finden können, auf die in der Eingabe des Gewerkschafts vom 4. September 1916 enthaltenen Anträge Entschädigung zu leisten. Es muß vielmehr den Arbeitern im Dienste der Stadt Stittau, für die ein besonderer städtischer Arbeiterratsausschuß besteht, überlassen bleiben, in der vorerwähnten Angelegenheit beim Stadtrat vorzutreten zu werden. Der örtliche städtische Arbeiterratsausschuß ist ja zu dem Zweck eingesetzt worden, die Wünsche der Stadtarbeiter dem Stadtrat in entsprechender Abfassung vorzutragen und kann jederzeit in Lohnfragen mit dem Stadtrat in Verhandlung treten.“ — Die Organisationsleitung will der Stadtrat also nicht als Vertreter der Arbeiter anerkennen. Dann wird freilich unter den jetzigen Umständen nichts weiter übrig bleiben, als daß der Arbeiterratsausschuß die Wünsche der Kollegen „in entsprechender Abfassung“ vorträgt. Offensichtlich werden dann die Wünsche der Arbeiter erfüllt, und zwar rückwirkend, damit die Arbeiter durch die Nichtanerkennung der Organisation durch den Stadtrat nicht geschädigt werden.

Rundschau

Hinter den Kulissen der Nahrungsmittelverteilung. In der Tagespresse lesen wir: Im neutralen und noch mehr im feindlichen Auslande werden die sicher nicht gering zu veranschlagenden Schwierigkeiten, die sich in der Ernährung der Bevölkerung in Deutschland bieten, ungemein übertrieben. Zum Teil geschieht es mit Absicht, und dann verlohnt es sich nicht, ein Wort darüber zu verlieren; zum Teil geschieht es aber auch infolge von Unkenntnis und Mißverständnis, dann wird man es nicht unterlassen, die unzulässigen Irrtümer aufzuklären. So wird z. B. neuerdings häufig hingewiesen, daß bei den Mengen, die auf Grund der öffentlichen Verteilung den einzelnen Personen zugewiesen seien, die Unterernährung sehr stark bis zu einem bedenklich hohen Grade vorliegen müsse. Diese Auffassung ist falsch. Zunächst ist zu bedenken, was schon oft gesagt worden ist, daß die ländliche Bevölkerung mit Nahrungsmitteln durchaus ausreichend versehen ist, und daß von einer Unterernährung nicht die Rede sein kann. Auf dem Lande, das heißt in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, leben aber in etwa 26 Millionen Menschen, abgesehen von den eintausendert Rassenaffen. Es bleibt also die städtische Bevölkerung, die unter einer mehr oder weniger strengen Rationierung leben muß. So man die Rationierung möglichst einheitlich zu gestalten sucht, so ergibt sich für das Gros der städtischen

Bevölkerung auf dem Papier zwar eine ganz gewaltige Verschmänderung der Nahrungsmittel, aber in Wirklichkeit wird nur ein Teil der städtischen Bevölkerung wirklich ernstlich auf die geringen Mengen gezwungen, die sich aus der öffentlichen Verteilung ergeben. Man darf eben nicht übersehen und muß es einmal offen aussprechen, daß hinter der öffentlichen Verteilung sich ein Kaufverehr herausgebildet hat, durch den es einem großen Teil der städtischen Bevölkerung möglich ist, die zugewiesenen Rationen so zu erhöhen, daß zwar die Ernährung nicht wie in Friedenszeiten, aber doch so gestaltet werden kann, daß eine ernsthafte Unterernährung nicht in Frage kommen kann. Es würde um die Gesundheit des deutschen Volkes nicht gut bestellt sein, wenn es nur die Rationen bekäme, die es durch die behördliche Verteilung zugewiesen erhält. Das Mehr, das auch ein großer Teil der städtischen Bevölkerung erhält, ist keineswegs unbedeutend und ist nicht aus einer ganzen Reihe von Quellen, die abseits vom dem Ströme der öffentlichen Verteilung sich immer stärker und häufiger entwickeln. Je mehr dieser der Schmuggel vergleichbare Kaufverehr zunimmt, eine desto größere Anspannung zeigt sich natürlich in der öffentlichen Verteilung der Bevölkerung zugewiesenen Nahrungsmittelmengen, so daß die Rationen immer unzureichender werden müssen. Am schlimmsten sind die Bevölkerungsklassen daran, die auf die behördlich zugewiesenen Rationen ausschließlich angewiesen sind und nicht die Möglichkeit besitzen, sich diese Mengen zu ergänzen oder zu erhöhen. Wie groß die Schichten sind, das ist unmöglich zu sagen. Aber einen gewissen Anhaltspunkt für die Verteilung hat man an der Besucherzahl der Massenküchen. Je mehr die Gefahr der Unterernährung in diesen Schichten droht, desto mehr werden sie genötigt sein, durch die Verteilung an den Massenküchen der Unterernährung nach Möglichkeit entgegenzuwirken. Bis jetzt ist die Verteilung an den Massenküchen noch keineswegs so stark wie es sein müßte, wenn die Unterernährung schon den im Auslande vielfach behaupteten Grad erreicht hätte. Wenn wir den Hebertreibungen über den Grad und den Umfang der Unterernährung in Deutschland entgegenzutreten, so geschieht es keineswegs aus einer Unterwürigkeit der Schwierigkeiten heraus, die die Ernährungsfrage weiterhin bietet, sondern nur in der Absicht, falschen Annahmen entgegenzutreten, wie sie sich ergeben müssen, wenn man von der Voraussetzung ausgeht, die durch die öffentliche Verteilung festgesetzten Mengen seien die Norm für die gesamte deutsche Bevölkerung. Diese Annahme ist durchaus unrichtig, und um die Unrichtigkeit nachzuweisen, war es nötig, darauf aufmerksam zu machen, daß im Rücken der öffentlichen Verteilung sich ein reger Kaufverehr gebildet hat, der sich immer breiter macht und die öffentliche Verteilung immer ungenügender beeinflusst. Das ist eben auch eine der üblen Nebenwirkungen unserer herrschenden Kriegswirtschaftspolitik. — Wir sind der Meinung, daß die konsequente Rationierung vieles bessern könnte.

Vom Durchhalten in Wirtschaften und Kurorten. Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen erblickt, wie er uns schreibt, neuerdings aus verschiedenen Reichsgenossen wieder Zuschriften, die erlassen lassen, daß hinsichtlich unseres notwendigen Durchhaltens die Anforderungen an den einzelnen noch immer recht verschieden sind. Es ist schon beklagenswert, daß man in einer ganzen Reihe von Städten, auch Großstädten, trotz der erforderlichen Rationsbeschränkungen im Haushalt, in Wirtschaften bei genügendem Meingeist ohne Warenzwang Fleisch in reichlichen Portionen erhalten kann. Die Beschränkung der Speisefarte und die nur einmalige Fleischverabfolgung kann man im nächsten Volare leicht durchkreuzen. Heberhaupt bedeutet die Möglichkeit, für Geld in Wirtschaften die schönsten Speisen, auch wenn sie von der Rationierung noch frei sind, jederzeit und unbeschränkt erhalten zu können, eine große Ungerechtigkeit gegenüber den Unbemittelten, die um die Kartoffel und den Hering laufen und stehen müssen. Schlimm wird die Lage aber, wenn man sich mit gutgefüllter Börse höchstens durch die Aufnahmefähigkeit des Magens begrenzt, in Kurorten glücklich hin kann. So kann man z. B. in Eibolken den Frühkaffee so weiß wie gewünscht trinken. Auch sonst ist Milch, wenn auch selbstverständlich nicht im Kalte, glasweise zu bekommen. Noch wird die Fleischschüssel mittags und abends zur freien Benutzung unbergereicht. Leber und Muttonfleisch sowie Mäse gibt es zu wirklich gutem Brot in Külle und Fülle. Auch an Eiern ist kein Mangel, der Preis von 60 Pf. spielt ja für die wohlhabenden Gänge keine Rolle. Die Butter wird früh und abends zwar jedem zugeteilt, ohne die für Kochwecke, namentlich auch für die beliebten und oft ersehnten Prastartoffeln, erforderliche Menge, kommen auf den Kopf aber immer noch 30 bis 40 Gramm täglich. Anranchen wird gegen Weichheit des Kurortes bis zu 1/2 Pfund gegeben. Nur der Zucker ist in einigen Kurorten etwas knapp, in anderen steht er aber noch in der Schale auf dem Tisch. An die Abgabe von Rationskarten lauter denen für Brot denkt kein Mensch. — Der Ort, an dem dieses Schlaraffenleben zur Selbstverständlichkeit gehört, wird mit Rücksicht auf die Selbsthilfe vieler begünstigter Verbraucher nicht angegeben. Der Konsumentenausschuß hat ihn aber dem Kriegsernährungsamt angezeigt. Das bewirkt seinen Einfluß ausüben wird, um die Verteilung zu einem ge-

Zeit angepaßten bescheidenen Leben zu zwingen und den Armen von dem Ueberfluß mancher Gegenden abzugeben, denn der Krieg um die Existenz des Reiches soll für alle gleichmäßig eine Last, keine Lust sein.

Ein Arbeitskampf in Amerika. Die in Minneapolis erscheinende „Labour Revue“, das Organ des Gewerkschaftsartikels, brachte vor kurzem folgende bewerte Schilderung eines Bergarbeiterstreiks im Staate Minnesota: In den Bergwerken Virginia Mines beschäftigt der Kielegewinne einheimische Stahltrust viele Tausende von ausländischen Bergleuten: Italiener, Lesterröcher, Kroaten, Finnen usw. Die Ausbeutung dieser Menschen ist so schrecklich, daß sie einfach ungläublich wäre, wenn man nicht hierfür dokumentarische Beweise hätte. Diese Zustände zwingen die Arbeiter, in einen Streik einzutreten. Bald erschienen die berüchtigten Revolverhelden der Agentur Oliver; sie überfielen die Wohnung des Streikführers John Allen und erschossen ihn. Es kam zu Straßenaufläufen, wobei der Bergmann Marjowitsch den Vollzugsbeamten Moran und den neben ihm stehenden Thomas Lavata niederstieß. Hierauf erfolgte die Verhaftung der bekanntesten Streikführer. Aber der Kampf wurde trotz alledem fortgesetzt.

Nichts für die Aktionäre — alles für die Versicherten! Das ist der gesamtliche Grundsatz, nach dem im Gegensatz zu den privaten Versicherungsgeellschaften die von den Gewerkschaften und Gewerkschaften gegründete Versicherungsgesellschaft Volksfürsorge ihre Geschäfte führt. In den drei bis jetzt zum Abschluß gebrachten Geschäftsjahren bis Ende 1915 wurde ein Gesamtüberschuß von 386 28 M. erzielt. Davon wurden zugewiesen dem gesetzlichen Reservefonds 19 340 M., dem Organisations-, dem Kriegereservefonds und einer besonderen Reserve zusammen 138 023 M. und Gewinnreserve der Versicherten 219 300 M. Es sind ferner 56 003 M. den für die Zukunft der Versicherten dienenden Reserven zugeführt worden. Die Aktionäre haben bei allen drei Geschäftsabstimmungen auf die ihnen sätzungsgemäß zustehende vierprozentige Verzinsung verzichtet, im Jahre 1913 zugunsten der Gewinnreserve, die jetzt 219 286 M. beträgt. In den beiden Jahren 1914 und 1915 erfolgte dieser Verzicht zugunsten des Kriegereservefonds, der dadurch auf 99 341 M. erhöht wurde.

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore, drei Salomonatschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. — Diese Lehrschriften machen sich zur Aufgabe, das Studium der französischen, englischen, italienischen oder deutschen Sprache, wenn Vorkenntnisse schon vorhanden sind, auf interessante und unterhaltende Weise weiter zu führen. Sie dem Lertret nebenan gestellte genaue Uebersetzung führt dem Leser in beiden Sprachen den richtig gewählten Ausdruck vor, wodurch der Fortschritt vermehrt und die Genauigkeit in der Wiederholung des Sinnes erlern werden kann. Die beste Weise, sich dieser Lehrmittel zu bedienen, ist: Sorgfältiges Durchlernen, Aufschreiben der neu vorkommenden Ausdrücke und Auswendiglernen derselben, Benützung der Uebersetzungen zu nachheriger Selbstkorrektur, Auswendiglernen einzelner Abschnitte oder kleinerer Artikel und nachheriges Niederschreiben aus dem Gedächtnis. — Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Die militärischen Versorgungsansprüche und ihre Abfindung durch das neue Kapitalabfindungsgesetz. Von Corbinian Galm, Geschäftsführer der amtlichen Anstalts- und Hilfsstelle für Kriegsteilnehmer, deren Angehörige und Hinterbliebene in Aichaffenburg. Verlag C. Krebsche Buchhandlung, Aichaffenburg. Preis 20 Pf., 100 Stück 15 M. Die Schrift gibt Auskunft, welche Ansprüche den Arieas-beschädigten, ihren Angehörigen und Hinterbliebenen nach den militärischen Pensionsgesetzen zu stehen und in welchen Fällen sie für einen Teil der militärischen Bezüge eine einmalige Kapitalabfindungssumme erhalten können.

Der „Führer durch das preussische Einkommensteuergesetz“ ist soeben in neu durchgesehener Auflage herausgegeben. Daß er sich als ein guter Berater in Steuerfragen erwiesen hat, beweist allein schon der Umstand, daß bisher 30 000 Exemplare verkauft worden sind. Wir können jedem preussischen Steuerzahler dringend empfehlen, sich das Büchlein anzuschaffen. Es kostet 40 Pf. und ist in jeder Parteidruckhandlung zu kaufen oder direkt vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Zinger G. m. b. H. Berlin 224, 64, zu beziehen.

Wie führe ich eine Vormundschaft? Gemeinverständliche Anleitung zur Führung von Vormundschaften und Pflegschaften über Minderjährige. Unter Berücksichtigung der neuesten gesetzlichen Bestimmungen und Ministerialverordnungen. Mit Antragsvorlagen, Tabellen und Sachverzeichnissen. Nach Gesetz und Praxis bearbeitet von Walter Gueneberg, Gerichtssekretär. Zeitungsverlag in Potsdam. Preis 1 M. — Inhalt: Allgemeines. — Vormundschaft über uneheliche Minder. — Vormundschaft und Pflegschaft über eheliche Minder. — Annahme an Kindesstatt. — Namensänderung. — Fürsorgeerziehung. — Betreuer Vormundschaft.

Tempelreinigung.

Dichter brauchen keine Flammen einzuzünden unserm Blut; Wie wir stummen müssen, wie wir stürmen, wissen wir so gut. Priester brauchen uns auch keine Gottesurcht zu lehren; Jeder lernt im Kampfe gut mit seinem Gott verfahren. Laßt uns nur! Laßt uns in der Fremde für die Heimat sechten, Aber in der Heimat, der wir bluten, sehet Ihr zum Rechten! Wählet Ihr, wie wir uns manchmal in die Augen sehen: Glaubst Du, Bruder, daß in Teuschland solche Schande darf geschehen? Ruffenräuber schlugen Weib und Kinder lachend tot, Keine deutsche Mäuder stehlen Weib und Kindern lächelnd Brot. Kennst Ihr den nicht, der aus seines Vaters heiligem Haus Schacherböden trieb mit Geißelschwüngen aus? Sagtet Ihr uns nicht, daß die Heimat auch ein Tempel heiße? Wollt Ihr nicht den Tempel reinigen vom Geschmeiße? Weist die Kangel kumm? Will kein Hornies klingen? Wollt Ihr nicht die Geißeln in des Volkes Hände klingen? Wer aus Notstand reich wird, hat das Volk verraten! Ach, Verräter wöhlet wir zu richten, wir Soldaten! Bannstuchzeit ist da, Prediger und Dichter! Volksgerechtigkeitsstag muß kommen, deutsche Richter! Schwören sollt Ihr: Schlagen wir der Feinde letztes Heer entzwei, Sei der heilige Leib der Heimat auch vom Ausfah frei! Unteroffizier Arnold Müller.

Totenliste des Verbandes.

- Heinr. Greve, Gießen Tagelöhner † 28. 9. 1916, 62 Jahre alt.
Erich Hartmann, Berlin Forstarbeiter † 27. 9. 1916, 68 Jahre alt.
Chr. Hesselbacher, Nürnberg Gaswerksarbeiter † 24. 9. 1916, 67 Jahre alt.
Joh. Kruse, Hamburg † 24. 9. 1916, 57 Jahre alt.
Baptist Wagner, Bamberg Gaswerksmonteur † 26. 9. 1916, 27 Jahre alt.
Albert Weber, Halle a. d. S. Jubilare † 10. 9. 1916, 57 Jahre alt.



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

- Sebastian Bauer, Freising am 16. September 1916 im Alter von 31 Jahren gefallen.
Heinrich Bernhardt, Hof am 9. September 1916 im Alter von 26 Jahren gefallen.
Georg Sieber, München am 19. September 1916 im Alter von 26 Jahren gefallen.
Heinr. Ellerbrock, Hamburg am 13. September 1916 im Alter von 38 Jahren gefallen.
J. Hofmann, Frankfurt a. M. am 8. September 1916 im Alter von 35 Jahren gefallen.
Wilhelm Hoick, Hamburg am 8. September 1916 im Alter von 36 Jahren gefallen.
Wilhelm Klausch, Berlin am 24. September 1916 im Alter von 27 Jahren gefallen.
Vins Klampff, Stuttgart am 17. September 1916 im Alter von 32 Jahren gefallen.
John Landmann, Altona am 23. August 1916 im Alter von 31 Jahren gefallen.
Karl Mahnke, Berlin am 15. September 1916 im Alter von 33 Jahren gefallen.
Albert Pöpel, Hamburg am 3. September 1916 im Alter von 26 Jahren gefallen.
Osw. Richter, Neugersdorf am 20. Sept. 1916 im Alter von 36 Jahren i. Lazarett gestorben.
Karl Schmücker, Waldau am 14. Sept. 1915 im Alter von 34 Jahren i. Lazarett gestorben.
Willi Schwärzel, Eichberg am 11. August 1916 im Alter von 21 Jahren i. Lazarett gestorben.
Gustav Töbke, Ahrensfelde am 31. August 1916 im Alter von 28 Jahren gefallen.
Richard Weiske, Leipzig am 6. September 1916 im Alter von 31 Jahren gefallen.

(Ehre ihrem Andenten!)